

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 21

Artikel: Osteuropa vor neuem Herbst? : Erinnerungen an die Nachkriegszeit erhalten Aktualität
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erinnerungen an die Nachkriegszeit erhalten Aktualität

Osteuropa vor neuem Herbst?

Michael Gorbatschow ist Mitglied des sowjetischen Politbüros, Sekretär der KPdSU und einer der möglichen Nachfolger Tschernenkos. Seine Worte und Taten sind daher von grossem Interesse. Am 9. September 1984 hat er in Sofia eine wichtige Rede gehalten, in der er betonte, die Sowjetunion «wird alles tun, um die Einheit zu stärken, die Macht und den internationalen Einfluss der sozialistischen Gemeinschaft zu mehren und die revolutionäre Weiterentwicklung für Generationen zu sichern.» Damit kündigt er eine härtere Kontrolle Moskaus über die osteuropäischen Satelliten an.

In die gleiche Richtung deutete zuvor schon ein Bericht von Radio Moskau über die privaten Gespräche Gorbatschows mit Bulgariens Präsident Todor Schiwkoff nach seiner Ankunft in Sofia am 7. September. Es wird angenommen, dass anlässlich dieses Treffens Gorbatschow den Wunsch vorbrachte, Schiwkoff möge seine für den 19. bis 22. September vorgesehene Reise in die Bundesrepublik absagen. Moskaus Wünsche sind in Osteuropa nach wie vor Be-
fehle.

«Im Namen des Volkes» — gegen das Volk

Der Anlass für Gorbatschows Besuch war die Feier zur Erinnerung an den 9. September 1944, als Bulgarien nach den Worten Schiwkoffs die «langersehnte und teuer erkaufte Freiheit» erkämpfte. Am 9. September 1944 drang die Rote Armee in Bulgarien ein. Die Regierung unter Ministerpräsident Konstantin Murawieff von der Bauernpartei hatte ihr Amt eine Woche zuvor, am 2. September, angetreten. Die Sowjetunion erklärte Bulgarien

am 5. September 1944 den Krieg. Die neue bulgarische Regierung bot unverzüglich einen Waffenstillstand an und erklärte Hitler-Deutschland am 8. September 1944 den Krieg. Die Sowjetunion ignorierte diese Vorgänge; als die Rote Armee bulgarischen Boden betrat, wurde die Regierung Murawieff am 9. September gestürzt.

Die «Vaterländische Front» bildete hierauf eine neue Regierung unter Ministerpräsident Kimon Georgieff von der Republikanischen Partei (Zeno). Die Kommunisten konnten die wichtigen Ministerien besetzen: das Innere mit Anton Jugoff, der dann von 1956 bis 1962 Ministerpräsident war, und die Justiz mit Mincho Neicheff. Murawieff wurde im Dezember 1944 zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt.

Schiwkoff betonte in seiner Ansprache am 9. September 1984, dass die Ereignisse 40 Jahre früher eine «sozialistische Revolution» gewesen seien. Er vergass dabei, dass Bulgariens erster kommunistischer Führer, dem Schiwkoff eine Huldigung als der «unvergessliche Georgi Dimitroff» darbrachte, nicht nur bestritt, dass eine «sozialistische Revolution» unternommen worden sei, sondern auch behauptete, eine sol-

che sei nicht einmal geplant gewesen. Dimitroff hielt am 6. November 1945 im Rahmen eines Anlasses der bulgarisch-sowjetischen Freundschaft zur Erinnerung an die bolschewistische Revolution eine Rede, der folgende Zitate entnommen werden:

«Das Volk muss sich frei äussern können. Die bevorstehenden Wahlen sollen und werden das Fundament unserer bulgarischen Demokratie legen. Das ist keine sowjetisch-sozialistische, sondern eine Volksdemokratie der Vaterländischen Front . . . Es ist eine giftige Lüge und Verleumdung, dass die Kommunisten die alleinige Macht übernehmen wollen, oder dass sie es bereits getan hätten . . . Wir haben wiederholt erklärt, dass die unserem Volk gestellten Probleme so schwer und kompliziert sind, dass sie nicht von einer Partei, wie stark, intelligent und heroisch sie auch sein möge, gelöst werden können . . . Ein eindeutiger Erfolg der Vaterländischen Front ist notwendig . . . Es wird sich nicht um eine sowjetische Regierung handeln, auch nicht um den Aufbau des Sozialismus, sondern . . . um ein Regime der Volksdemokratie . . . zum Wiederaufbau unseres Landes und zur Garantie unserer nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität.»

Schiwkoff lag der Wahrheit näher, als er jetzt festhielt: «Der Sieg vom 9. September 1944 war Bulgariens grosse Begegnung mit der Sowjetunion.» Tatsächlich wurden die Sowjettruppen willkommen geheissen, als sie bulgarischen Boden betraten, zumal in der Vergangenheit Russland Bulgarien geholfen hat. Aber die weitere Entwicklung führte zu einem Umschwung der Gefühle. Die Wahlen vom November 1945 und Oktober 1946 leiteten verstärkte Unterdrückung ein. Im November 1945 boykottierte die Opposition die Wahlen; im Oktober 1946 beteiligte sie sich und gewann 99 auf 465 Parlamentsmandate bei einem Stimmenanteil von 28 % — unter den gegebenen Umständen eine Sensation.

Bauernparteien ausmanövriert

In einem Gedenkartikel in der Prawda vom 7. September 1984 beschrieb Schiwkoff die Ereignisse vom 9. September 1944 als einen «antifaschistischen Volksaufstand . . . angeführt von der Kommunistischen Partei Bulgariens und errungen mit der entscheidenden Hilfe der sowjetischen Befreiungsarmee». Immerhin konnte die Opposition trotz Verhaftungen, Verurteilungen und Ermordungen bis 1947 weiterarbeiten. Ihr Ende kam mit dem Justizmord am populären Führer der Agrarpartei, Nikola Petkoff, der am 23. September 1947 hingerichtet wurde.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Petkoffs Agrarpartei in wirklich freien Wahlen eine sichere Mehrheit errungen hätte, ähnlich wie die Kleinlandwirtpartei in Ungarn, die im November 1945 gar 245 von 409 Sitzen und einen Stimmenanteil von 59 % gewann. Ebenso beliebt war die polnische Bauernpartei unter der

Führung von Stanislaw Mikolajczyk und die rumänische Nationale Bauernpartei unter Iuliu Maniu.

Von diesen Parteien überlebten die Bauernunion in Bulgarien und die Vereinigte Bauernpartei in Polen als Anhängsel der kommunistischen Parteien; Ungarn und Rumänien sind Einparteistaaten. Betrübtlich ist das Schicksal der Parteiführer. In Ungarn wurde der Ministerpräsident der ersten Nachkriegsregierung, Zoltán Tildy, vom Juli 1948 bis Mai 1956 unter Hausarrest gehalten; der Generalsekretär der Kleinlandwirtepartei, Béla Kovács, wurde im Februar 1948 für acht Jahre nach der Sowjetunion deportiert. Mikolajczyk floh im Oktober 1947 in den Westen, um der Verhaftung zu entgehen. Maniu wurde im November 1947 zu lebenslänglicher Einzelhaft verurteilt.

Auf diesem Hintergrund erscheint die Konferenz der «Bauernparteien», die vom 5. bis 6. September 1984 im bulgarischen Varna organisiert worden war, in anderem Licht. Sie stand unter dem Thema «Frieden – eine unabdingbare Voraussetzung für den sozialen Fortschritt der Völker». Die Teilnehmer – 74 Delegationen aus 45 Ländern – gaben ihrer «Beunruhigung über das wachsende politische Misstrauen» Ausdruck. Präsident Schiwkoff bezeugte in einer Grussbotschaft «den Bauern- und demokratischen Parteien und Organisationen grossen Respekt.»

Der Schlüssel für das «Misstrauen» findet sich in Gorbatschows Rede vom 9. September. Er versicherte seine Zuhörer, dass die sowjetische und andere Bruderparteien «die Reinheit und den revolutionären Geist von Lenins Lehre entschieden verteidigen werden». Er prangerte an, was er als «notorische Politik der Differenzierung» des Westens gegenüber osteuropäischen Ländern bezeichnete; er zeigte sich ungehalten über das westliche Interesse an der Volksbehandlung durch die verschiedenen osteuropäischen Regierungen. Zum Abschluss seiner Rede stellte Gorbatschow fest:

«Die Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses und das Schicksal von Frieden und Menschheit hängen entscheidend von der Entschlossenheit dieser Gemeinschaft ab, vom Erfolg der schöpferischen Tätigkeit eines jeden Landes und von der Zielausrichtung und Koordinierung ihres Einsatzes... Lang lebe die starke Allianz der Länder der sozialistischen Gemeinschaft! Lang lebe Frieden und Kommunismus!»

Die Natur der «starken Allianz» ist nicht nur durch die Ursprünge der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa demonstriert, sondern auch durch die Tatsache, dass Moskau gegen drei seiner «Brudervölker» militärische Gewalt eingesetzt hatte – DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968 – und sie Polen 1956 und 1980 androhte. Schliesslich zeigt die Verbindung von «Frieden und Kommunismus», was vom Hinweis der Varna-Konferenz auf den «sozialen Fortschritt der Völker» zu halten ist, zumal Gorbatschow den Westen der Kriegstreiberei bezichtigte. Sa.

Buch-Hinweise

«Wertloser» Boden im Sozialismus?

Manfred Hoffmann: Flächennutzung in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, dargestellt am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. Duncker & Humblot, Berlin, 258 Seiten, 1983.

Was ist der Boden in der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung eigentlich wert? Nach der kommunistischen Theorie ist das eine falsch gestellte, typisch kapitalistische Frage, denn das Wort «Wert» hat im Zusammenhang mit dem Boden nichts zu suchen; einen von der Gesellschaftstheorie beglaubigten Wert hat lediglich die Arbeit, das heisst das Arbeitsprodukt.

Diese Verkündung kann freilich nicht hindern, dass in der Realität, zum Beispiel in der Landwirtschaft, ein fetter Boden materiell etwas anderes ist als ein magerer, dass der «Nichtwert» eines Baugrunds ein paarmal höher ist als der «Nichtwert» einer Geröllhalde usw.

Notgedrungen entsteht da eine Problematik, wenn es um die tatsächliche Bodenbenutzung geht, und damit unter anderm befasst sich die vorliegende wissenschaftliche Schrift, die ein ganzes Gestrüpp an Problematik sichtet und ordnet, was im Klartext eigentlich nur vom Westen aus überhaupt möglich ist.

Der Autor, ein Spezialist für die Probleme von Wohnwesen und Landwirtschaft in der DDR, stellt in seiner Einleitung fest, dass die Fragen der Flächennutzung in der DDR-Fachliteratur nur am Rande behandelt werden. Und das hängt mindestens unter anderm mit den ideologischen Aspekten dieser Thematik zusammen.

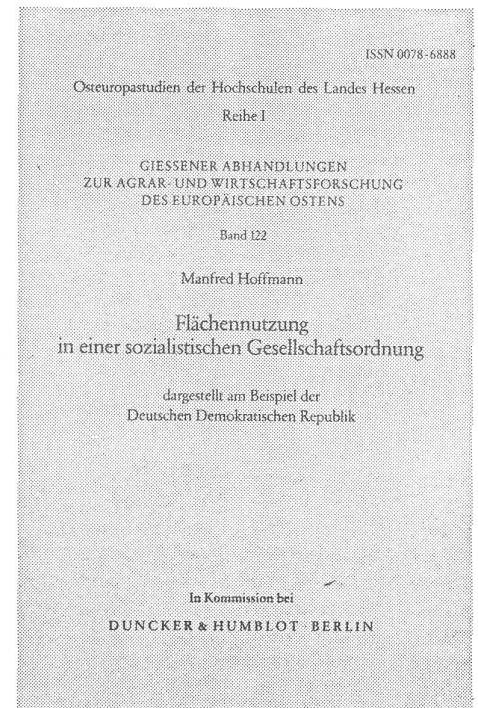
Die These von der Wertlosigkeit (oder Nichtwertbarkeit) des Bodens gilt für das ganze Sowjetlager, und in Osteuropa ist sie nach sowjetischem Vorbild übernommen worden. Nach dieser Massgeblichkeit qualifiziert man Grund und Boden in der DDR seit den sechziger Jahren als (an sich) wertlos. Ein 1979 veröffentlichtes ostdeutsches Lehrbuch für politische Ökonomie erklärt das so: «Der Boden hat als Naturgut keinen Wert, da er nicht das Produkt menschlicher Arbeit ist.»

Da der Boden nicht nur theoretisch definiert, sondern auch praktisch genutzt (und eben praktisch doch gewertet) wird, wirkt sich der ideologische Anspruch im Alltag hinderlich aus. Das hat zum Beispiel der damalige Regierungschef Willi Stoph schon 1965 eingeräumt: «Seit Jahren gibt es bei uns eine gewisse Vergeudung von Grund und Boden, und die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt ständig ab

(...). Neben andern Gründen war die Ignorierung des Bodenwertes der Ausgangspunkt.» Ihrerseits haben auch ostdeutsche Wissenschaftler betont, dass «Vorstellungen über die «Wertlosigkeit» des Bodens» die Forschungsarbeit in diesem Zusammenhang «gehemmt» hätten.

Die aus der UdSSR bezogene Einstellung zur Natur («der ideologisch motivierte Glauben an die absolute Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen», Hoffmann) hat jedenfalls die Bodenpolitik in Osteuropa beeinflusst. Mit Verspätung erst wird auch in der Sowjetunion selbst anerkannt, dass die «aus einer falschen Einwirkung auf die Umwelt resultierenden Schäden alljährlich viele Dutzend Milliarden Rubel Schäden» mit sich bringen (S. 26–27).

Die extensiven Tendenzen des Wirtschaftswachstums sind im Ostblock bis heute charakteristisch geblieben. Der hemmungslose Umgang mit dem Boden, den man im Westen selbst häufig als Folge der profitorientierten Gesellschaftsordnung betrachtet, gehört interessanterweise *noch ausgesprochener* zur Logik des sozialistischen Systems, das zum unersetzbaren Gut der schieren Bodenfläche keinen ideologiegerechten Wertbezug herzustellen vermochte.



Missbrauch von Boden und Natur ist in sozialistischen Ländern systembedingt.